



Gemeinderat der Stadt Bern  
Präsidialdirektion  
Erlacherhof, Junkerngasse 47, Postfach  
3000 Bern 8

Zustellung per E-Mail an [kulturelles@bern.ch](mailto:kulturelles@bern.ch)

Bern, 15. August 2022

**Vernehmlassung: Kulturbotschaft des Gemeinderats 2024–2027**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung zur Teilnahme an der Vernehmlassung zur Kulturbotschaft des Gemeinderats 2024–2027.

Wir bitten Sie um eine wohlwollende Prüfung unserer Stellungnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Sozialdemokratische Partei  
der Stadt Bern

Monbijoustrasse 61  
Postfach 2947 · 3001 Bern

Telefon 031 370 07 90

[bern@spbe.ch](mailto:bern@spbe.ch)  
[www.spbern.ch](http://www.spbern.ch)

Freundliche Grüsse

**Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern**

Lena Allenspach  
Co-Präsidentin

Eva Schmid  
Parteisekretärin



## 1 Grundsätzliches

Wie der Gemeinderat schreibt, will er mit der öffentlichen Vernehmlassung «die kulturpolitische Debatte regelmässig neu lancieren». Dies begrüssen wir seitens der SP Stadt Bern sehr: Es ist uns dabei ein grosses Anliegen, dass die **Debatte primär kultur- und nicht bloss finanzpolitisch geführt wird**. Zudem sollen die Diskussionen dazu breit angelegt sein. Die Kulturschaffenden selbst sollen hier auch ihre Stimme haben.

Vor dem Hintergrund der einschneidenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kulturbranche und den im Rahmen von FIT II bereits vorgenommenen Einsparungen sehen wir eine Kürzung der Kulturgelder kritisch. Es ist allgemein und in allen Sparten erkannt, dass die Anlaufzeit und die Phase der Publikumsgewinnung weit über die Laufzeiten der Corona-Massnahmen hinausgehen. Wir rechnen mit einem Zeithorizont von 3–4 Jahren.

## 2 Querschnittsthemen und Schwerpunkte

Die SP Stadt Bern unterstützt die Querschnittsthemen und Schwerpunkte, welche im Fokus der Kulturbotschaft stehen. **Die Kulturförderung soll dazu beitragen, dass die Kultur in der Stadt Bern nachhaltig und divers entsteht und das daraus entstandene Angebot auf breiter Ebene in die Gesellschaft einfließt.** So enthalten mehrere parlamentarische Vorstösse der SP/JUSO-Fraktion entsprechende Forderungen an den Gemeinderat (siehe bspw. *Motion «Transkulturelle Öffnung der Kultur-Institutionen: Musterleistungsverträge anpassen, Kulturfördergremien divers besetzen und bei den Controlling-Gesprächen überprüfen»* oder *Postulat «Informationspflicht zu Lohnstruktur und Gagenentrichtung in Berner Kulturinstitutionen»*).

Allerdings ist es offensichtlich, dass sowohl die Förderung der sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden, die Erschliessung neuer Publika und Kulturproduzent:innen als auch das Umdenken von produkt- hin zu prozessorientierter Förderlogik allesamt **kostenintensive Prozesse sind**. Viele Veranstaltende und Institutionen müssen hier in die Zukunft investieren, sodass diese Aufgaben kaum mit gleichbleibenden Mitteln in der Kulturförderung zu bewerkstelligen sind – geschweige denn mit einer Kürzung von jährlich 605 000 Franken oder 1.8 Prozent.

Mit der geplanten Kürzung und den formulierten Querschnittsthemen und Schwerpunkten verschärft der Gemeinderat **zahlreiche offensichtliche Zielkonflikte, auf welche die Kulturbotschaft keine Antworten liefert:**

- )] Kann kulturelle Vielfalt wirklich gefördert werden, wenn – wie in der Kulturbotschaft bereits angekündigt – weniger Projekte Unterstützung erhalten?
- )] Werden Vorbereitungs- und Backstage-Arbeiten tatsächlich mit branchenüblichen Honoraren und Sozialversicherungsbeiträgen in Projektbudgets ausgewiesen, wenn der heute schon umstrittene Fördertopf über gleichbleibende Mittel verfügt?
- )] Ist man sich bewusst, dass in Zeiten der Inflation und der sich verändernden Finanzwelt der Nachholbedarf für die sozial angemessene Anpassung der Honorare und Löhne in allen Sparten erheblich ansteigt (Jahresteuerung 2022 voraussichtlich 3–5 Prozent!)? Was bedeutet dies für die finanzielle Ausstattung mehrjähriger Projekte in Zeiten unsicherer wirtschaftlicher Prognosen?



Die inhaltlichen Teile der Kulturbotschaft enthalten Elemente, welche grundlegende Änderungen – und auch Reduktionen – in der Kulturförderung zur Folge haben. Dass deren Konfliktpotenzial kaum thematisiert wird und der konkrete Massnahmen- und Prioritätenkatalog fehlt oder sehr spärlich ausfällt, lässt uns an der Durchsetzung der Zielsetzungen zweifeln. Will der Gemeinderat den unterstützungswürdigen und wohlklingenden Schwerpunkten aus der Kulturbotschaft Nachdruck verleihen, müsste **das Budget der direkten Kulturförderung erhöht und keinesfalls gekürzt werden**. Damit könnte ein Zeichen gesetzt werden für Kontinuität und die Erreichung der Ziele der Querschnittsbereiche.

### 3 Förderkredite

Die Zusammenlegung der Spartenkredite und Neuschaffung des Projekt- und Programmförderungskredits stellt aus Sicht der SP Stadt Bern einen mutigen Schritt dar. Dadurch kann das mehr und mehr überholte Spartendenken abgelöst werden. Der Fokus auf Qualität und Innovation ist dabei in allen Sparten wichtig. Allerdings sind auch die zahlreichen diesbezüglichen Bedenken aus der Berner Kunst- und Kulturszene ernst zu nehmen. Das Risiko, dass hier spezifische (und weniger publikumswirksame) Bereiche wie die visuelle Kunst, aber auch die Literatur, unter die Räder kommen, ist nicht von der Hand zu weisen. Es stellt sich auch die Frage, wie flexibel Kredite vergeben werden können, wenn die Mehrjahresförderung, die wir durchaus begrüssen, gestärkt werden soll. Reichen hier die Schwerpunktkredite mit jährlich 200 000 Franken aus, um ausreichend flexibel reagieren zu können?

**Während einer Übergangszeit sollten die Veränderungen statistisch erhoben werden (Steuerungsvorgaben/Kennzahlen). Daraus können Schlüsse gezogen werden, welche Folgen die Systemveränderung für die Förderung der verschiedenen Sparten hat und ob damit die Forderung nach sozialer Sicherheit der Kulturschaffenden sowie nach Qualität und Innovation des kulturellen Schaffens tatsächlich nachhaltig erreicht werden kann.**

### 4 Leistungsverträge

Die geplante Kürzung um jährlich 50 000 Franken beim Haus der Religionen ist für die SP Stadt Bern nicht nachvollziehbar – und überdies deutlich überproportional. Das Haus der Religionen ist einzigartig in seiner Art. Acht Weltreligionen leben in guter Nachbarschaft unter einem Dach und pflegen den Austausch mit der ganzen Gesellschaft. Auch die Kulturveranstaltungen im Haus der Religionen sind eine Bereicherung für Bern.

Das Haus der Religionen ist gerade in den Bereichen kultureller Teilhabe und Diversität ein Vorzeigeprojekt mit Ausstrahlung weit über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus. Es zeigt sich hier exemplarisch, wie inklusive Kulturprojekte an der Schnittstelle zwischen sozialem und kulturellem Engagement zwischen den unterschiedlichen Förderkriterien im Kultur- und Sozialbereich manövrieren müssen. Hier ist die städtische Kulturförderung mit Blick auf zukünftige diverse und inklusive Projekte gefordert, innerhalb der Verwaltung nach kreativen Lösungen und neuen Zusammenarbeiten zwischen den Direktionen PRD und BSS zu suchen. Diese Kürzung würde das Projekt, das sich im Aufbau befindet, empfindlich treffen. **Die geplante Kürzung ist deshalb rückgängig zu machen.**



Auch das Robert-Walser-Zentrum strahlt weit über die Landesgrenzen hinaus. Es ist 2009 zusammen mit dem gesamten Archivgut (darunter die weltberühmten ›Mikrogramme‹) unter grosser Anteilnahme der Öffentlichkeit von Zürich nach Bern umgezogen. Die Grundlage des Umzugs bildete das «Berner Modell». Dieses wurde von allen Partner:innen mit der Absichtserklärung vom 28. Januar 2008 unterschrieben und bildet denn auch die Grundlage für den Finanzierungsschlüssel. Der Gemeinderat übersieht, dass er damit die 2008 getroffene Vereinbarung zur langfristigen Finanzierung des Zentrums verletzt und die anderen Partner:innen des «Berner Modell» (Bürgergemeinde Bern, Berner Kantonalbank, Kanton Bern und Schweizerische Nationalbibliothek) vor den Kopf stösst. Mit einem auf 50 000 Franken halbierten städtischen Jahresbeitrag können die bisherigen Leistungen und Aufgaben des Robert-Walser-Zentrums nicht aufrechterhalten werden. **Die SP Stadt Bern lehnt deshalb die Halbierung des Stadtbeitrags ab 2024 ab.**

Die SP Stadt Bern begrüsst die Neuorganisation der **Orchesterförderung**. Sie schafft Transparenz und Fairness, sie fördert Innovation und junge Projekte für alle Ensembles – auch für diejenigen, die bisher nicht in dieser Kategorie figurieren konnten. Auch hier stellt sich aber das Problem, dass bei Einhaltung der vertraglichen Richtgagen im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit aufgrund der limitierten Fördermittel (und der rückläufigen bzw. steigend nachgefragten privaten Fördergelder) die Vielfalt in der Orchesterförderung eher leiden als profitieren wird.

## 5 Weitere Bemerkungen

Die neue Aufteilung in die Produkte Kurations-, Plattform- und Interpretationsförderung mag eine teilweise differenziertere Abbildung der Verwendung der Mittel ermöglichen. **Allerdings erfüllt eine blossige Umdeutung der Förderbeiträge die notwendige und mehrfach in Planungserklärungen und Vorstössen auch durch die SP/JUSO-Fraktion vorgebrachte Forderung, die freie Kulturszene besser zu fördern, keineswegs.** Wir fordern den Gemeinderat daher auf, die Neuaufteilung mindestens mit konkreten Massnahmen zur Veränderung der Situation zu begleiten. Beispielsweise könnte die Kurationsförderung an Institutionen zur Förderung und Begleitung von Berner Künstler:innen und Gruppen an den jeweiligen Häusern zweckgebunden erfolgen, so wie es in der Zürcher Tanz- und Theaterförderung ab 2024 praktiziert wird. Zudem ist das Engagement der Stadt betreffend Infrastruktur-Unterstützung in diesem Bereich sehr wichtig.

Die Stadt hat bei der Erarbeitung der Kulturbotschaft ein **aufwendiges partizipatives Verfahren mit den sogenannten Zukunftslabors** durchgeführt (vgl. Einleitung der Kulturbotschaft, S. 5). In der Kulturbotschaft findet dieses kaum Erwähnung. So bleiben etwa folgende Fragen offen:

- ⌋ Welche Erkenntnisse aus den Zukunftslabors wurden in der Kulturbotschaft aufgenommen? Welche nicht?
- ⌋ Haben sich die direkt betroffenen Kulturschaffenden, die in der Stadt Bern für einige Tausend hoch qualifizierte Arbeitsplätze stehen, als Branche entsprechend einbringen können?